



# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied im Deutschen Gewerkschaftsbund  
Mitglied der Union Internationale des Syndicats de Police  
Landesbezirk Schleswig-Holstein  
Regionalgruppe Lübeck Ostholstein  
Holstentorplatz 1-5  
23552 Lübeck

Andreas Sankewitz  
1. Vorsitzender

Landesvorsitzenden der  
SPD Schleswig-Holstein  
Herr Ralf Stegner  
Kleiner Kuhberg 28-30  
24103 Kiel

Lübeck, 17.02.2010

Sehr geehrter Herr Stegner,

am 27. März diesen Jahres ist wieder der Einsatz von ca. 2.000 Polizeibeamten in der Hansestadt Lübeck geplant, um das staatlich verbriefte Demonstrationsrecht einiger rechter Gruppierungen durchzusetzen.

Behindert wird dieses Demonstrationsrecht insbesondere durch gewaltbereite links-extreme Gruppen, die die Konfrontation mit den eingesetzten Polizeibeamten geradezu suchen, um Gewalt gegen Menschen auszuüben.

Uns als Polizeibeamten steht die schwierige Aufgabe zu, auf der einen Seite das Grundrecht auf Meinungsfreiheit aller Demonstranten und auf der anderen Seite die innere Sicherheit für alle Bürger in Lübeck an diesem Tage zu gewährleisten.

Natürlich haben auch wir als Polizeibeamte eine Meinung und lehnen die Parolen der braunen Rattenfänger ab. Genauso entschieden treten wir aber auch den Rechtsverstößen aus dem so genannten linken Lager entgegen, aus dem heraus regelmäßig Straftaten, wie z.B. Steinwürfe auf Polizeibeamte aber auch unrechtmäßige Blockadeaktionen durchgeführt werden.

Mit absolutem Unverständnis haben wir deshalb ihre Unterschrift der so genannten „Lübecker Erklärung“ zur Kenntnis genommen. In dieser Erklärung wird unverhohlen zu Straftaten aufgerufen.

Dort heißt es u.a. „...dass durch kollektive gewaltfreie Regelverletzungen politische Interventionen möglich sind.“ Weiter heißt es: „Wir werden uns setzen. Wir werden den Neonazis den Weg versperren.

*Wir erklären: Wir sind entschlossen, den Aufmarsch der Nazis zu verhindern.*

*Wir werden den Nazis mit Blockaden zeigen, dass wir sie weder in Lübeck noch anderswo dulden.“*

Weiter erklärt Herr Joachim Nolte vom Kirchenkreis Lübeck in einer Presseerklärung vom 19. Januar 2010 u.a.: „Zu denen, die sich den Nazis in den Weg setzen werden, gehören u.a. der SPD Landeschef Ralf Stegner sowie der stellvertretende Stadtpräsident Lienhard Böhning (SPD).

Auch dieser Pressemeldung wurde von Ihrer Seite nicht widersprochen.

Nach meinem Erachten stellen Sie sich mit diesen Handlungen an die Seite derjenigen, die am 27. März Straftaten begehen werden.

Als ehemaligem Innenminister muss Ihnen die Tragweite dieses Handelns auch bekannt sein, nur die Gründe hierfür erschließen sich mir in keinster Weise.

Mir wäre es wichtig, mit Ihnen in einen konstruktiv-kritischen Dialog über die Rolle der demokratischen Parteien in unserem Lande zu treten. Ich möchte klären, ob Sie die Arbeit der Polizei prinzipiell unterstützen oder infragestellen.

Ich möchte Sie bitten, dieses Schreiben an weitere Unterzeichner aus Ihrer Partei weiterzuleiten, die ich mit diesem Schreiben ebenfalls ansprechen möchte.

Hierzu gehören u.a.

das MdEP Frau Ulrike Rodust

das MdB Frau Gabriele Hiller-Ohm

die MdL Herrn Thomas Rother und Herrn Hans Müller

der Fraktionsvorsitzende der SPD in der Lübecker Bürgerschaft Herrn Peter Reinhardt

dem Bausenator der Hansestadt Lübeck Herrn Peter Boden

dem stellvertretenden Stadtpräsident Herrn Lienhard Böhning

sowie dem Kreisvorsitzenden der Lübecker SPD, Herrn Peter Thieß.

Mit freundlichen Grüßen